



Rat der
Europäischen Union

195537/EU XXVII. GP
Eingelangt am 09/09/24

Brüssel, den 6. Mai 2024
(OR. en)

Interinstitutionelles Dossier:
2024/0102(NLE)

9663/24
ADD 14

AELE 35
MI 480
AND 8
SM 8

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	26. April 2024
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2024) 191 final - Annex (Part 14/14)
Betr.:	ANHANG des Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – und über die vorläufige Anwendung des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2024) 191 final - Annex (Part 14/14).

Anl.: COM(2024) 191 final - Annex (Part 14/14)



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024

COM(2024) 191 final

ANNEX – PART 14/14

ANHANG

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

**über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – und über die vorläufige
Anwendung des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der
Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San
Marino**

ERKLÄRUNG ANDORRAS ZUM TABAKSEKTOR

Seit einigen Jahren durchläuft Andorra einen tiefgreifenden und intensiven Reformprozess, um offener und transparenter zu werden und das Fürstentum näher an Europa heranzuführen.

Diese Reformen zielen darauf ab, einen strukturierten Übergang des Wirtschaftsmodells zu gewährleisten und die Wirtschaft zu diversifizieren. Unterstützt durch die Umsetzung des Assoziierungsabkommens sollte die Diversifizierung der Wirtschaft Andorras zur Entwicklung neuer Wirtschaftszweige und einer gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit bestimmter bestehender Sektoren beitragen.

Der wirtschaftliche Wandel muss mit der stabilen Entwicklung der Steuereinnahmen, herbeigeführt durch wichtige Reformen der letzten Jahre, sowie der sozioökonomischen Lage, einschließlich der Beschäftigung, einhergehen.

In diesem Zusammenhang besteht eine der Prioritäten Andorras darin, den verantwortungsvollen Tabakhandel weiter zu stärken und zu schützen. Andorra setzt sich uneingeschränkt für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit sowie die Eindämmung des Tabakkonsums ein, nicht zuletzt durch seinen Beitritt zum WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakkonsums und zum Protokoll zur Unterbindung des unerlaubten Handels mit Tabakerzeugnissen sowie durch die Annahme der einschlägigen EU-Rechtsvorschriften.

Ein Schlüsselaspekt der Gesundheitspolitik Andorras besteht in der Prävention und Bekämpfung von Betrug und Schmuggel mit Tabakerzeugnissen. Andorra bekennt sich nachdrücklich dazu, seine Anstrengungen in diesen Bereichen zu intensivieren, insbesondere durch die regelmäßige Annahme und Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften mit angemessenen administrativen, justiziellen und materiellen Kapazitäten.

Andorra verpflichtet sich dazu, im Bereich der Betrugsbekämpfung verstärkt mit der EU und seinen beiden benachbarten Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten. Es wird Veränderungen der Mengen an lokal hergestellten, eingeführten, vermarkteten und ausgeführten Tabakerzeugnissen genau überwachen. Andorra erinnert insbesondere an das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Fürstentums Andorra über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Polizei- und Zollangelegenheiten am 1. April 2018 sowie an die Unterzeichnung des Übereinkommens zwischen dem Fürstentum Andorra und dem Königreich Spanien über die Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung und über Sicherheit am 2. September 2015.

Angesichts der derzeitigen Preisunterschiede (einschließlich Steuern) für Tabakerzeugnisse zwischen Andorra und insbesondere den beiden benachbarten Mitgliedstaaten verpflichtet sich Andorra, die Preisunterschiede für Tabakerzeugnisse (einschließlich Steuern), die zum Zeitpunkt der Paraphierung des Assoziierungsabkommens zwischen Andorra und der EU gegenüber dem benachbarten Mitgliedstaat mit den niedrigsten Preisen bestehen, nicht zu erhöhen.

Andorra stellt sicher, dass während des Übergangszeitraums nach Artikel 10 des Protokolls für den assoziierten Staat jede Verringerung der Einnahmen, die sich aus der Zollsenkung ergibt, gleichzeitig durch andere staatliche Einnahmen ausgeglichen wird.

Andorra betont zwar, dass die Besteuerung nicht in den Geltungsbereich dieses Abkommens fällt, wird jedoch gegebenenfalls und im Hinblick auf die Sicherung angemessener staatlicher Einnahmen prüfen, ob es möglich ist, sich an den EU-Rechtsvorschriften über die Besteuerung von Tabakerzeugnissen zu orientieren.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER EU UND ANDORRAS ZUM FREIEN PERSONENVERKEHR

Dieses Abkommen, in dem die Bedingungen für die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit durch Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaats bzw. Andorras und die Aufnahme der Richtlinie 2004/38/EG festgelegt sind, verpflichtet Andorra nicht, das Konzept der „Unionsbürgerschaft“ (Artikel 20 ff. AEUV) anzunehmen, zu dem dieses Abkommen kein Äquivalent enthält.

Die Artikel 18, 21, 46, 50 und 59 AEUV bilden die Rechtsgrundlage der Richtlinie 2004/38/EG.

Die Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates¹ über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, sieht ein System an Rechten auf Einreise, Aufenthalt, Ausreise und Gleichbehandlung vor, das bestimmten Beschränkungen unterliegt, die wiederum Verfahrensgarantien unterliegen (insbesondere der gerichtlichen Überprüfung).

Die Richtlinie 2004/38/EG findet in den Beziehungen zwischen der EU und Andorra gemäß den in den Anhängen VIII und V des Protokolls für den assoziierten Staat festgelegten Bedingungen Anwendung.

Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) enthält nützliche Klarstellungen, unter anderem in Bezug auf die Maßnahmen, die dem Wohnsitzstaat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zur Ausweisung ausländischer Straftäter zur Verfügung stehen.

¹ Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten (ABl. L 158 vom 30.4.2004, S. 77).

Die Aufnahme der Richtlinie 2004/38/EG durch Andorra lässt die Bewertung der Bedeutung künftiger EU-Rechtsakte und der künftigen Rechtsprechung des EuGH auf der Grundlage des Begriffs der Unionsbürgerschaft unberührt. Dieses Abkommen bietet keine Rechtsgrundlage für politische Rechte von Staatsangehörigen Andorras oder eines EU-Mitgliedstaats.

Die EU und Andorra kommen überein, dass die Einwanderungspolitik nicht unter dieses Abkommen fällt. Das Aufenthaltsrecht von Drittstaatsangehörigen fällt nicht unter dieses Abkommen; ausgenommen sind Rechte, die Drittstaatsangehörigen gewährt werden, die Familienangehörige eines Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaats bzw. Andorras sind, der sein Recht auf Freizügigkeit gemäß diesem Abkommen ausübt, da diese Rechte mit dem Recht der Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaats bzw. Andorras auf Freizügigkeit einhergehen.

Andorra erkennt an, dass es für Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaats bzw. Andorras, die von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen, wichtig ist, dass ihre Familienangehörigen im Sinne der Richtlinie 2004/38/EG, die die Staatsangehörigkeit eines Drittstaats besitzen, ebenfalls bestimmte abgeleitete Rechte genießen, darunter jene gemäß Artikel 12(2) Artikel 13(2) und Artikel 18 der genannten Richtlinie.

ERKLÄRUNG ANDORRAS
ZUR BESONDEREN SITUATION DES LANDES
UND ZUM SCHUTZ DER SICHERHEIT UND DER ÖFFENTLICHEN ORDNUNG

Die Regierung des Fürstentums Andorra,

Unter Bezugnahme auf die Erklärung zu Artikel 8 des Vertrags über die Europäische Union,

Unter Hinweis darauf, dass Andorra über eine sehr kleine, gebirgige bewohnbare Fläche und einen ungewöhnlich hohen Anteil an Einwohnern und Arbeitnehmern, die nicht die Staatsangehörigkeit des Fürstentums besitzen, verfügt,

Unter Hinweis darauf, dass der Schutz der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung das höchste Ziel jedes Staates ist,

In Anbetracht dessen, dass Andorra unbedingt in der Lage sein muss, die Sicherheit des Staates, der Personen und des Vermögens sowie der öffentlichen Ordnung Andorras zu gewährleisten,

In Anbetracht dessen, dass die Bevölkerung Andorras ein hohes Maß an öffentlicher Sicherheit genießt, das im Hinblick auf den Ruf, den Lebensstandard und den sozialen Zusammenhalt als wichtiges Gut erhalten werden muss,

Unter Hinweis darauf, dass Andorra nicht über die Sicherheitsinstrumente, -institutionen und -infrastrukturen verfügt, die einem größeren Staat üblicherweise zur Verfügung stehen,

Hält es für notwendig, bei der Anwendung des Abkommens der besonderen geografischen Lage und der demografischen und sozialen Struktur Andorras gebührend Rechnung zu tragen,

In Bekräftigung ihrer Entschlossenheit, die Einhaltung aller Bestimmungen des Assoziierungsabkommens zu gewährleisten und nach Treu und Glauben anzuwenden,

Ist der Ansicht, dass es Sache der andorranischen Gerichte ist, auf der Grundlage der Artikel 27 und 28 der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates² das Schutzniveau festzulegen, das sie für wünschenswert halten, um den Grundinteressen der Gesellschaft Rechnung zu tragen, und zwar im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH, der klargestellt hat, dass dieses Schutzniveau eng auszulegen ist.

Ist der Auffassung, dass bei der Auslegung der mit Fragen der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung zusammenhängenden Bestimmungen dieses Abkommens, unter Beachtung der Grundsätze der Gleichwertigkeit und der Wirksamkeit sowie der Auslegung durch den EuGH, die tatsächlichen Auswirkungen berücksichtigt werden müssen, die ein individuelles Verhalten, das laut der Rechtsprechung der nationalen Gerichte eine tatsächliche, gegenwärtige und hinreichend schwere Gefahr für eines der Grundinteressen der Gesellschaft sowie eine Gefahr für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung darstellt, in Anbetracht der geografischen, demografischen und sozialen Besonderheiten Andorras haben kann.

Ist der Auffassung, dass die Annahme der in Artikel 97 dieses Abkommens genannten Schutzmaßnahmen durch Andorra *unter anderem* dann gerechtfertigt sein könnte, wenn Kapitalzuflüsse seitens der anderen assoziierten Partei den Zugang der ansässigen Bevölkerung zum Immobilienmarkt gefährden könnten, wenn die Zahl der Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten außerordentlich stiege und dadurch die öffentlichen Systeme unter Druck kämen, oder wenn die Gesamtzahl der von der Volkswirtschaft geschaffenen Arbeitsplätze im Verhältnis zur Zahl der Einwohner zu einem offensichtlichen Ungleichgewicht führt.

Verpflichtet sich, die erforderlichen Mechanismen vorzusehen, um sicherzustellen, dass der Anteil der Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten an seiner Bevölkerung in dem Zeitraum, in dem Schutzmaßnahmen gelten, nicht verringert wird.

² Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten (ABl. L 158 vom 30.4.2004, S. 77).

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER EU UND ANDORRAS ZUM LUFTVERKEHR

Innerhalb von acht Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens kommen die EU und Andorra überein, im Gemeinsamen Ausschuss zu prüfen, ob Anhang XIII (Verkehr) des Protokolls für den assoziierten Staat auf den Luftverkehr ausgedehnt werden könnte.